A9

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand Grüne Dortmund (dort beschlossen am: 03.04.2025)

Titel: **Finanzen**

Text

Städte wie Dortmund leiden unter einer hohen Altschuldenlast, sodass allein die Tilgung dieser Kredite die kommunalen Haushalte stark belasten. Wir begrüßen die nun endlich in Aussicht stehende Altschuldenlösung der Landesregierung und drängen auf schnelle Umsetzung mit Beteiligung des Bundes. Denn der Dortmunder Haushalt wird nur durch geschickte Bilanzierung aus der Haushaltssicherung herausgehalten, die enorme Einschränkungen in der politischen Gestaltung der Stadt nach sich ziehen würde. Gleichzeitig kosten die meisten kommunalpolitischen Ideen, die Dortmund nach vorne bringen, viel Geld, nicht zuletzt auch viele Forderungen aus diesem Programm. Finanzielle Mittel und eine eigenständige Haushaltsführung sind essenziell, um den vielfältigen Herausforderungen von Klimaschutz über die Unterbringung von Geflüchteten bis hin zum Erhalt der sozialen Infrastruktur begegnen zu können.

Daher werden wir

- eine Haushaltspolitik verfolgen, die uns von der Haushaltssicherung fern hält.
- die kommunalen Einnahmen aus Grundsteuer, Gewerbesteuer, Hundesteuer, Verpackungssteuer und weiteren Steuern evaluieren und ihre Erhebung durchsetzen.
- die Grundsteuer C zur Baulandmobilisierung einführen.
- uns weiterhin für das Konnexitätsprinzip einsetzen, bei dem Bund und Land sich an den Mehrkosten beteiligen, die ihre Gesetze und Erlasse auslösen.

- durch eine vielfältige Gewerbelandschaft eine weiterhin krisensichere und schwankungsarme Gewerbesteuereinnahme gewährleisten.

- uns dafür einsetzen, die RWE-Aktien der Stadt zu verkaufen und durch eine gleichermaßen lukrative klimaneutrale Finanzbeteiligung zu ersetzen.

- keine städtischen Gewinne mehr aus klimaschädlichen Finanzanlagen beziehen und öffentliche Gelder nur in Unternehmen investieren, die auf nachhaltige Energiegewinnung setzen und sich ethischen Mindeststandards verpflichten.

- die Anteile des Flughafens an der DoPark direkt an DSW21 verkaufen, um damit die Gewinne aus den Anteilen der Flughafengesellschaft an der DoPark innerhalb der DSW in nachhaltige Mobilität zu investieren, anstatt damit den Flughafen querzufinanzieren.

- uns dafür einsetzen, dass das Gewerbesteuerdumping auf Bundes- oder Landesebene verboten wird, um Gerechtigkeit zwischen den Kommunen herzustellen und die Schere zwischen reichen Kommunen und immer höher verschuldeten Kommunen zu schließen.

Um die Gleichstellung der Geschlechter auch in der finanziellen Priorisierung widerzuspiegeln, werden wir

- das Prinzip des Genderbudgetings in allen Bereichen verankern, welches besagt, dass ausgegebenes Geld allen Geschlechtern in gleichem Maße zugutekommt.

- dabei in ausgewählten Bereichen vorangehen und das Genderbudgeting bereits vollständig umsetzen, zum Beispiel im Sport, in der Kultur und in der sozialen Infrastruktur.

- in den anderen Bereichen Awareness dafür schaffen, zum Beispiel beim Bauen und bei der Stadtplanung.

Für eine transparente Haushaltsführung unter Beteiligung der Bürger*innen werden wir

- den Bürger*innen eine interaktivere und transparentere Darstellung des Haushalts zur Verfügung stellen.

- ein Gesamtkonzept von der Einbindung der Bürger*innen bei der Haushaltserstellung bis zum Umgang mit den Ergebnissen einfordern, wobei unterschiedliche Methoden bei der Auswahl der Bürger*innen

(Zufallsauswahl, Ansprache aktiver Bürger*innen und Zielgruppenvertretungen) geprüft und die digitale Beteiligung ermöglicht werden sollen.